

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
19.04.2023
- 3 Berichterstattung zum Projekt Campus LHP
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD
- 4.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024
Vorlage: 23/SVV/0219
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Einführung Deutschlandticket Job
Vorlage: 23/SVV/0433
Oberbürgermeister, Personal und Organisation
- 5.2 Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von
Grundstücksflächen im Babelsberger Park
gemäß Beschluss: 20/SVV/0080
- 6 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 19.04.2023**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der Tagesordnung verweist er auf den Nachtrag vom 03.05.2023 und die Aufnahme des Punktes „Haushaltssatzung 2023/24“ wozu sich die Fraktionsvorsitzenden im Vorfeld der Hauptausschusssitzung verständigt haben. Im Weiteren soll die Tagesordnung entsprechend der Verständigung in der letzten Sitzung des Ältestenrates um die Thematik eines Ergänzungsauftrags zu den Gesprächen mit der SPSSG (ehemaliger Dringlichkeitsantrag der Fraktion CDU) sowie um die Bitte der Fraktion DIE LINKE zum Vertrag „Theater- und Orchesterverbund“ erweitert werden.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Zur **Niederschrift** der 73. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 19.04.2023 gibt es keine Hinweise; sie wird mit Stimmenmehrheit, bei einigen Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Berichterstattung zum Projekt Campus LHP

Zu diesem Tagesordnungspunkt erläutert Herr Beck, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung, anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) die Ziele des Projektes, die Zeitschiene, die Rahmenbedingungen und den derzeitigen Sachstand. Auf Nachfrage bestätigt er, dass die Mitteilungsvorlage zum Umsetzungskonzept für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06. Juni 2023 vorbereitet werde.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 4.1 Kiez-Schwimmbad Nord verbindlich in die Planung aufnehmen
Vorlage: 23/SVV/0049**

Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam und SPD

Herr Wollenberg verweist eingangs auf die dazu vorliegende neue Fassung aus den Ausschüssen. Anschließend wird die finale Fassung aus dem Ausschuss für Finanzen zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Potsdam bekennt sich verbindlich zur Notwendigkeit des Baus einer weiteren Schwimmhalle im Potsdamer Norden.

Die Finanzierung der notwendigen Planungskosten des Kiez-Schwimmbads Nord wird in die Mittelfristplanung aufgenommen. Mit dem Ende der ersten Ausbaustufe Krampnitz soll die Umsetzung realisiert werden, wobei mit der dafür notwendigen Planung rechtzeitig davor zu beginnen ist. Mögliche Fördergelder sind dabei kontinuierlich auszuloten und einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt im Potsdamer Norden ein entsprechend für den Bau eines Kiez-Schwimmbads Nord geeignetes und genehmigungsfähiges Grundstück für ein Hallenbad (min. fünf 25m-Bahnen und Lehrbecken) zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Zudem wird der Oberbürgermeister beauftragt den Bebauungsplan Nr. 141-5B „Entwicklungsbereich Krampnitz - Uferpark“ hinsichtlich der Realisierbarkeit eines kommunalen Strandbades weiter zu verfolgen, dauerhaft in kommunalem Eigentum zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen. Sollte diese Fläche nicht realisierbar sein, so ist alternativ in Krampnitz oder unmittelbarer Umgebung eine Fläche für ein Freibad zu identifizieren, dauerhaft zu sichern und ein entsprechendes Baurecht herzustellen.

Der Stadtverordnetenversammlung sind bis Ende des 3. Quartals 2023 verbindliche Aussagen zum Planungsstand eines Strand- oder Freibades zu präsentieren. Im Anschluss daran ist dem Ausschuss für Bildung und Sport halbjährlich über den Fortschritt inkl. des weiteren Zeitplans zu berichten.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.2 Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2023/2024

Vorlage: 23/SVV/0219

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich 1

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investitionen und Controlling, informiert anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zum Stand des Doppelhaushaltes 2023/24 und zur weiteren Entwicklung. Er geht in seinen Ausführungen auf die Veränderungen nach Einbringung des Doppelhaushaltes und insbesondere auf Abweichungen zwischen der Ergebnislinie des Planentwurfs und der Ergebnislinie nach voraussichtlichen Mehraufwendungen und Mehrerträgen ein. Diese ergeben sich u.a. aus Mehrbedarfen für Unterkünfte für Geflüchtete, den Ergebnissen der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, der Schaffung ausreichender Schulplätze und dem Soziallastenausgleich sowie dem Zuschuss an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie ggf. durch die Tarifanpassung im Klinikum Ernst von Bergmann. Potentielle Mehrerträge können sich u.a. aus der Anpassung des Finanzausgleichgesetzes, Steueranpassung und dem Brandenburg-Paket ergeben. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden soll der bestehende Beschlussentwurf angepasst und im I. Quartal 2024 ein Stabilisierungsprogramm vorgelegt werden. Im Zuge dessen soll externe

Unterstützung in Anspruch genommen werden, auch, um die Aufstellung der Jahresabschlüsse zu beschleunigen. In der kommunalen Haushaltsplanung werde zukünftig die Kosten und Leistungsrechnung als interne 4. Komponente mit betriebsbedingten Erlösen und Kosten eine größere Rolle spielen.

Der Oberbürgermeister unterstreicht die Ausführungen nachdrücklich und betont, dass ein Stabilisierungspaket mit einem Zeit- und Organisationsplan zwingend sei, um der dargestellten Entwicklung entgegen zu wirken. Die Jahresabschlüsse sollen zeitnah ausgefertigt werden, um über eine stabilere Planungsgrundlage zu verfügen. Schon nach der diesjährigen Sommerpause soll die Planung der Zeitschiene für die Haushaltsaufstellung 2025/26 vorliegen. Er habe mit den Fraktionen verabredet, Projekte und „Kostentreiber“ strukturell aufzubereiten und möglicherweise neu zu sortieren.

Der aktuelle Focus liege aber auf der Frage, wie der Doppelhaushalt 2023/24 in der jetzt schwierigen Haushaltssituation mit überfraktioneller Mehrheit beschlossen werden kann. Dazu wolle er einen Beitrag leisten, Projekte diskutieren und gemeinsam mit den Fraktionen „abbinden“ sowie im Stabilisierungsprogramm hinterlegen. Als Beispiel wird die Holzbauinitiative genannt, deren Umsetzung um drei Jahre verschoben werden solle. Dazu kündigt er einen entsprechenden Vorschlag für die Beratung in den Fachausschüssen an. Bezüglich des Stadtkanals liege ein Beschluss vor, der einer Änderung bedürfe, wenn eine Verschiebung in die Mittelfristplanung mehrheitlich getragen werde.

Er verweist auf die gegenüber 2019 geänderte Gesamtsituation, ob durch die Pandemie oder den Krieg in der Ukraine und fordert die Fraktionen auf, auch eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Im Ergebnis der danach geführten Diskussion schlägt Herr Finken vor, erst alle Vorschläge zu sammeln und dann ins Detail zu gehen.

Im Weiteren erläutert Herr Exner das Ortsteilbudget und nimmt Herr Sträter für den Ortsbeirat Groß Glienicke zum Budget Stellung. Insgesamt sei dies für den Ortsteil auskömmlich und wurde schon in vielfältige Maßnahmen umgesetzt. Trotzdem gebe es aber auch Probleme, wie z.B. den Ausbau der B 2, die nicht aus den Augen verloren werden sollten.

Nachdem Herr Dr. Scharfenberg die Beratung aller vorliegenden Änderungsanträge, den Bereich des Oberbürgermeisters und den des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung betreffend, angemahnt hat:

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Finken beantragt, alle Änderungsanträge en bloc zu behandeln und dies für die heutige Sitzung zu vertagen.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einer Nein-Stimme und
mehreren Stimmenthaltungen.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Einführung Deutschlandticket Job

Vorlage: 23/SVV/0433

Oberbürgermeister, Personal und Organisation

Herr Jetschmanegg, Dezernent für Zentrale Verwaltung, erläutert die Mitteilungsvorlage, die anschließend zur Kenntnis genommen wird.

zu 5.2 Umsetzung der Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park gemäß Beschluss: 20/SVV/0080

Herr Kümmel informiert zum Stand der Umsetzung des Beschlusses 20/SVV/0080 - Verwaltungsvereinbarung zur Neuordnung von Grundstücksflächen im Babelsberger Park anhand einer Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt).

zu 6 Sonstiges

Ergänzungsauftrag zu den Gesprächen mit der SPSP

Herr Finken nimmt Bezug auf die DS 23/SVV/0449 und bittet, die folgenden Aspekte in den weiteren Gesprächen mit der Stiftung zu berücksichtigen:

- die Erfahrungen mit der Eintrittsregelung im Volkspark, insbesondere die sozialen Regelungen wie kostenlose Querung, Anwohnerparkkarte, Treuerabatt,
- Synergieeffekte durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei der gärtnerischen Arbeit, dem Tourismuskonzept und dem Marketing zu prüfen und
- den politischen Dialog mit den Stiftungsgebern.

Der Oberbürgermeister sagt zu, diese Ideen mit zu ventilieren.

Vertrag „Theater- und Orchesterverbund“

Frau Dr. Seemann, Fachbereichsleiterin Kultur, informiert auf die Nachfragen von Herrn Dr. Scharfenberg, dass es mit diesem Vertrag um die strukturelle Sicherung der kulturellen Einrichtungen Hans-Otto-Theater, Musikfestspiele Sanssouci und Nikolausaal Potsdam gGmbH, Kammerakademie und Filmorchester Babelsberg durch das Land Brandenburg und die Landeshauptstadt Potsdam gehe. Der jetzt unterzeichnete Vertrag unterliege dem Haushaltsvorbehalt und der Gremienzustimmung, so dass eine entsprechende Beschlussvorlage für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.06.2023 vorbereitet werde.

Anzahl der Sitze im Hauptausschuss

Herr Heuer nimmt Bezug auf die Stellungnahme des MIK, mit der eine Änderung der Anzahl der Mitglieder im Hauptausschuss als nicht gesetzeskonform bewertet wird. Er regt eine juristische Klärung des Sachverhaltes an, da die Begründung durchaus Zweifel an der Auslegung zulasse. Bis dahin sollte der nicht im Hauptausschuss vertretenen Fraktion Mitten in Potsdam ein ständiges Rederecht zugestanden werden.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender des Hauptausschusses:

Schriftführerin: